

S E C R E T

NONACCOUNTABLE MATERIAL MANIFEST

Nº 124330

To
CHIEF, EUR

FROM

2

ITEM NO.

DESCRIPTION

USE

1

NEWSPAPER CLIPPINGS

2
CASHIER
ATTENTION: 2

DECLASSIFIED AND RELEASED BY
CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY
SOURCE METHOD EXEMPTION 3B2B
NAZI WAR CRIMES DISCLOSURE ACT
DATE 2008

DATE

14 March 1972

2

2/14

FORM 1236
2-59

OBsolete PREVIOUS EDITIONS.

S E C R E T

13-47

*File
C. H. 11/6*

1) ~~11/6~~
2) ~~11/6~~
11/6

W German security chief to retire prematurely

From Dan van der Vat
Bonn, March 7

After a controversy over his role as a court prosecutor in the Nazi era, Herr Hubert Schröbbers, the head of the West German counter intelligence service, is to retire six months prematurely. It was announced in Bonn today.

Herr Schröbbers, who is 64, is president of the Federal Office for the Protection of the Constitution, based in Cologne. He was appointed in 1955. He was due to retire on November 3, his sixty-fifth birthday, but the Ministry of the Interior said today that he would leave on April 30, at his own request.

Recent issues of the news magazine *Der Spiegel* gave details of Herr Schröbbers's work as a young prosecutor in the Nazi period in the Westphalian Land Supreme Court. He was allegedly involved in leading evidence against opponents of the Hitler regime at political

trials. Part of his duties then, as they would be now, involved proposing sentences to be imposed by the court.

After the publication of the allegations, which were eagerly taken up by East German propaganda media, Herr Hans-Dietrich Genscher, the Minister of the Interior, opened an inquiry, the results of which were given to Herr Schröbbers.

The Ministry statement today said that Herr Schröbbers had then asked to be allowed to retire early. Details of the findings were not disclosed, but the Ministry, which said it had known of Herr Schröbbers's past when he was appointed, added this his request had been granted. No action was planned against him and his successor had not yet been chosen.

Herr Schröbbers, the Ministry said, wanted to place on record his denial that "lack of support" among colleagues had led him to retire early.

„Schrüblers kein Partei „anger des Dritten Reiches“

Verfassungsschutzpräsident tritt Ende April vorzeitig in den Ruhestand

Schon jetzt öffentliche Kritik am Nachfolgekandidat Nollau

Eigener Bericht

Bonn. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hubert Schrübbers, wird am 30. April vorzeitig in den Ruhestand treten. Dies kündigte das Bundesinnenministerium gestern an. Zugleich wurde berichtet, daß die Überprüfung der Vorwürfe, die gegen Schrübbers öffentlich wegen dessen Tätigkeit als Staatsanwalt während des Dritten Reiches erhoben wurden, abgeschlossen sei. Dabei sei festgestellt worden, daß der Vorwurf, Schrübbers sei „ein Parteigänger des Dritten Reiches gewesen, in den Akten keine Stütze finde“.

In der Erklärung des Innenministeriums heißt es dazu es bestehe kein Anlaß wegen eines Dienstverhaltens dienstrechtlich Maßnahmen gegen Schrübbers einzuleiten. Seine Tätigkeit als Staatsanwalt während seines Bestehens im Verfassungsschutz als Präsident sei bekannt gewesen. Bei der Überprüfung sei insbesondere auch jener Bereich untersucht worden, der die Mitwirkung Schrübbers an Hochverratsverfahren, der Kern der gegen ihn erhobenen Vorwürfe, umfaßt.

Nachdem Bundesinnenminister Genscher dem Verfassungsschutz-Präsidenten selber das Ergebnis der Untersuchungen mitteilt hätte, hat Schrübbers um seine Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand gebeten. Er wäre 60-jährig am Ende des Jahres pensionierungsberechtigt gewesen. Schrübbers versicherte bei der Gelegenheit ausdrücklich, er bitte nicht etwa wegen „mangelnder Rückendeckung

seits des Innenministeriums oder des Ministeriums um diesen Rücktritt, wie ihm in einer vom Springer-Inlanddienst verbreiteten Meldung unterstellt worden sei.

Inzwischen ist auch der von Bundesinnenminister Genscher in Aussicht genommene Schrübbers-Nachfolger, Ministerialdirektor Nollau, der Leiter der Abteilung Öffentliche Sicherheit im Innenministerium, in die Schublade öffentlicher Kritik geraten.

Aus der rechten Ecke der Deutschland-Stiftung wird ihm unter Berufung auf einen sowjetischen Geheimdienstbericht mitgeteilt, Nollau habe schon unter dem Namen „König“ in einem seriösen Begegnungsstande am 20. Juli 1944 nach Ostberlin überwechselt, um einen Verfassungsschutzpräsidenten Otto Jahn als Kontaktperson zu DDR-Stellen zu gewinnen. Auf der anderen Seite wird Nollau als Mitglied der SPD ist, von Jungsozialisten als für das Amt des Verfassungsschutz-Präsidenten ungeeignet bezeichnet, weil er Mitglied der NSDAP gewesen sei.



Bundesamt für Verfassungsschutz: Von Schrübbers zu Nollau?

Am Nachfolger wird bereits gesägt

Der alte Präsident tritt wegen seiner Vergangenheit zurück / Verdächtigungen gegen den neuen Mann

Von unserem Redaktionsmitglied Herbert Riehl-Heys

Bonn, 7. März

Einige recht unzufriedene Aussprachen waren vorausgegangen — dann endlich waren die beiden Gesprächspartner am Montag dieser Woche (mit der Verfassungsmuster und der oberste Verfassungsschützer) wieder sich vorzeitig trennen. Noch bevor irgendein anderer von dem Abkommen erfuhr, kannte der „Axel-Springer-Dienst“ die Hintergründe der Vereinbarung, die eigentlich noch drei Wochen geheimbleiben sollte. Hubert Schrübbers, so stand es in Bild, weiche „dem Druck der Linken“. Und die Welt, die die Quellen ihrer Erkenntnisse mit einem Hinweis auf das Innenministerium verschleiern wollte (der Sprecher des Ministeriums: „Von uns haben sie es definitiv nicht“), erläuterte noch genauer, warum es soweit gekommen war: Schrübbers sei in letzter Zeit von linken Kräften massiv attackiert worden, weil er in einem Bericht für die Bundesregierung festgestellt habe, daß die DKP mit Hilfe der SED die Arbeit der verbotenen KPD fortsetze.

Der eigentliche Anlaß für die Affäre um den 57-jährigen Schrübbers war freilich vor einigen Jahren von einem anderen Hamburger Presseorgan geliefert worden. In Heft 5/1972 hatte der Spiegel einige Straftatbestände des Oberlandesgerichts Hamm zitiert. Es war etwa im Jahre 1931 — ein Bergmann — innerhalb Jahres Zuchthaus verurteilt worden, weil er vor sieben Jahren „zwei oder dreimal kleinere Geldbeträge von etwa je 20 Pfennigen“ für politische Häftlinge gespendet hatte und ein 40-jähriger Schlosser war für vierzehn Jahre ins Zuchthaus geworfen worden, weil er als ehemaliger KPD-Kassier — in der Emigration zugunsten der „allgemeinen Flüchtlingshilfe“ — eine Handvoll Emigrantenzeitungen vertrieben hatte. Gemeinsame Kennzeichen dieser Gerichtsverfahren: Die Anklage hatte der Staatsanwalt Hubert Schrübbers vertreten, damals 31 Jahre alt.

Während Schrübbers selbst, dreißig Jahre später, „an diesem Tatbestand nichts Essentielles finden“ konnte und beteuerte, es sei ihm nur darum gegangen, die Inkriminierten vor dem Zugriff der Gestapo zu schützen, sah man die Sache im zuständigen Bundesinnenministerium bald ganz anders. Ganz unabhängig von der subjektiven Schuld des Juristen Schrübbers müsse es einen verheerenden Eindruck machen, wenn der Hüter des Grundgesetzes im Dienste der Bundesrepublik wieder Kommunisten verfolge, wie er das schon im Auftrag der Nationalsozialisten getan hatte. Diese Ansicht war um so begründeter, als Schrübbers, vor siebzehn Jahren zum Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz ernannt, mit seiner Vergangenheit bisher eher hinter dem Berg gehalten hatte.

Etwas verschwiegen?

Der damalige Innenminister Lucke erfuhr zwar im Laufe der Zeit von seinem Verfassungsschützer einiges über dessen frühere Funktionen; deshalb heißt es denn auch in dem von Schrübbers als Vorbedingung für seinen Rücktritt ausgetauschten Persönlichem des Innenministeriums, seine Tatkraft in der NS-Zeit sei bekannt gewesen. Vor dem jetzt publik gewordener Material — ergänzt durch Berichte der ehemaligen Staatsanwältin habe auch den früheren SPD-Reichstagsabgeordneten Tempel ins Gefängnis gebracht, was diesem das Leben gekostet habe — wußte Lucke jedoch mit Sicherheit nichts. Lucke hat das Minister Genscher auf dessen Anfrage ausdrücklich bestätigt.

Daß diese Tatsachen Hubert Schrübbers schließlich — sechs Monate vor seiner Pensionierung — zum freiwilligen Rücktritt zwingen würden, war unter diesen Umständen vorauszusehen. Ebensovienig überraschend war freilich, daß der selbstbewußte Jurist sein Amt nicht verlassen würde, ohne einige mittlere Zeitbomben zu hinterlassen. So verriet er Bild und demonstrierte es hinterher wieder, er habe in Wahrheit demissioniert, weil ihn sein Minister nicht genügend gegen die Linken gedeckt habe. Woher — schlimmer noch — die schon des öfteren bewährte „konzertierte Aktion“ zwischen Springer-Blättern und ZDF-Lowenthal ihr Material gegen Schrübbers' präsumtiven Nachfolger, Ministerialdirektor Günther Nollau, hat, läßt sich auch ohne erkennungsdienstliche Erfahrungen erraten. Lowenthal jedenfalls konnte am vergangenen Mittwoch in seinem Magazin die Mitgliedsnummer (von 1942) des NSDAP-Parteigenossen Nollau nennen.

191 2000 170

Machenschaften angedeutet

Die Welt wiederum konstruierte einen direkten Zusammenhang zwischen den Angriffen auf Schröbers und dem von ihm erbrachten Nachweis, daß die DKP verfassungstreu sei. Dann wird es pikant: Die DDR, so heißt es, habe die von Schröbers erwirkten Urteile des Oberlandesgerichts Hamm in der Bundesrepublik „veröffentlichen lassen“. Wer das zustande gebracht haben kann, wird dann im Zusammenhang mit dem ungenauerlichen Verdacht klar, den das Blatt auf Seite 5 seiner Dienstaussage andeutet: Nollau habe für die DDR gearbeitet. Der, später nach Ostberlin übergelandene Schröbers-Vorgänger Otto John, so wird im Buch des Journalisten Hans Frederik zitiert, habe Nollau bei „DDR-Kontakten abgeschirmt“. Da aber jedermann weiß, daß Nollau einige Male für den Spiegel gearbeitet hat — unter anderem hat er in dem Magazin die Memoiren Genschers verrissen —, schließt sich der Kreis: Nollau, so soll man offenbar glauben, hat im Auftrag Pankows die Angriffe gegen Schröbers lanciert, um so den unbequemen Kommunistengegner loszuwerden und selbst auf seinen Stuhl zu kommen.

Wie sehr diese abenteuerlichen Anwürfe, das — durch die John-Affäre und seine vor neun Jahren bekanntgewordenen, illegalen Abhörpraktiken — ohnehin ladierte Ansehen der Kölner Agentenjäger ruinieren müßten, machte man sich am Dienstag im Bonner Innenministerium nur mit einiger Mühe klar. Nollau mußte am späten Nachmittag schließlich selbst erklären, er habe seine Zugehörigkeit zur NSDAP dem Ministerium bei seiner Einstellung wahrheitsgemäß bekanntgegeben. Was die ihm nachgesagten Kontakte zur DDR angehe, so habe er von aller solchen Kontakten „selbstverständlich meine vorgesetzte Behörde unterrichtet“. Innenminister Genscher konnte sich am Dienstag noch nicht dazu entschließen, sich vor den Leiter der Abteilung „Öffentliche Sicherheit“ in seinem Ministerium zu stellen.

Ob eine solche Ehrenerklärung für den SPD-

Mann und Wehner-Vertrauten Nollau, der seit Jahren beim Verfassungsschutz selbst (zuletzt als sein Vizepräsident) und dann im Innenministerium mit der Observierung von Kommunisten beschäftigt war, schon als Blankoscheck für die Nachfolge von Schröbers gelten kann, halten Bonner Beobachter neuerdings für nicht mehr völlig sicher. Herbert Schmulling, Pressereferent im Innenministerium, weigerte sich am Dienstag strikt, irgendeine Aussage über den nächsten BFV-Präsidenten zu machen: „Das wird noch rechtzeitig vor dem 1. Mai entschieden.“



ALS STAATSANWALT soll BFV-Präsident Schröbers Urteile im Sinn des NS-Regimes gefordert haben; seinen designierten Nachfolger Nollau hat die Spiegel-Press e in Kreistauer

SZ-Archiv

Méhr eine Behörde als ein Geheimdienst

Verfassungsschutz in der Ära Schrübbers / Von Ernst-Otto Maetzke

Die umfassende Ehrenerklärung des Bundesinnenministers für den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz erlaubte es Hubert Schrübbers, seinen ursprünglichen festen Entschluß zu revidieren, daß er sich wegen hervorgeholter, längst bekannter Dinge nicht selbst vorzeitig in Pension begeben werde. Er wird am 30. April ausscheiden, ein halbes Jahr vor der Altersgrenze. Die Prüfung der neuerlich gegen ihn erhobenen Vorwürfe ergab, was sie in der Vergangenheit ebenso ergeben hatte, daß wegen des laßen seiner Verstrickung in nationalsozialistisches Unrecht kein Anlaß bestand, an seiner Qualifikation für das Amt zu zweifeln, das er innehatte. Zu untersuchen wäre höchstens, aus welcher verschiedenen Motivation und Interessenslage in den letzten Wochen ein Bündnis so erstaunlich heterogener Kräfte gegen ihn zustande gekommen war. Aber das ist jetzt nicht mehr wichtig.

In den Blick zu fassen ist jedoch die Ära des Bundesverfassungsschutzes unter Schrübbers' Leitung. Als er im Herbst 1955 Präsident des Bundesamtes wurde, trug es noch deutlich die Spuren der Affäre John: eine einjährige interimistische Leitung hatte zur Bereinigung der Affäre nichts beigetragen. Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern — die wichtigste Voraussetzung der Arbeit des Verfassungsschutzes überhaupt — war in Gefahr geraten. Das Bundesamt war kaum als eine Behörde zu nennen; erst Schrübbers hat es wieder dazu gemacht. Mit Hilfe psychologischer Methoden hat er die Zusammenarbeit mit den Spitzen der Landesämter wiederhergestellt; indem er auf die Eigenart eines jeden von ihnen einging, schaffte er die Reibungen aus der Welt.

Seine erste Amtshandlung war die Eröffnung einer Schule des Verfassungsschutzes in Köln gewesen. Sie kam sowohl der Qualität des Nachwuchses zugute — er wird jetzt vornehmlich aus Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Zoll gewonnen und in internen fachlichen Lehrgängen für den höheren Dienst befähigt — als auch der Vereinheitlichung der Arbeitsmethoden in Bund und Ländern.

Die Schule ist seither ausgebaut worden. Mehrere ausländische Staaten mit gefährdeter innerer Sicherheit haben von ihr Ausbildungshilfe in Anspruch genommen. Welche Länder dies im einzelnen waren, wird ungenau aufgezählt, aber es schienen im wesentlichen asiatische gewesen zu sein, die Ursache hatten nach intensiverer Radikalismus-Überwachung zu streben. Ein Lehrkräfte-Austausch der Schule mit befreundeten Diensten hat bisher gut funktioniert. In letzter Zeit scheint allerdings solche Kooperation infolge von wachsenden Beurteilungsunterschieden hinsichtlich der Gefahr linksradikaler Einflüsse etwas gelitten zu haben.

Rechtsradikalismus am Boden

In technischer Hinsicht konnte das Bundesamt mit dem Übergang zu elektronischer Datenverarbeitung eine bedeutende Effektivitätssteigerung erreichen. Kemmer meint, daß die Möglichkeiten des Computers bei keiner Bundesbehörde so früh und so umfassend genutzt worden seien. Demnächst wird der Computer-Verband zu den Landesämtern für Verfassungsschutz und zum Bundeskriminalamt hergestellt werden.

Am erfolgreichsten war die Ära Schrübbers bei der Überwachung des Rechtsradikalismus. Daß er jetzt am Boden liegt, ist nicht zuletzt ein Verdienst zielstrebig, angestrebter Arbeit des Verfassungsschutzes, der es nicht beim bloßen Beobachten beließ. Die zerstrittenen kümmerlichen Reste der NPD wissen ein Lied davon zu singen. Demgegenüber war die Auseinandersetzung mit dem Linksradikalismus weniger erfolgreich; in Verfassungsschutzkreisen meint man sogar, er sei jetzt „im Kommen“. Freilich sind derartige Hinweise der Bundesregierung zunehmend unerwünscht. Das Bundesinnenministerium möchte von seinem Verfassungsschutz am liebsten „nur noch Fakten“ statt Einschätzungen und Auswertungen bekommen. Solche Haltung zum Linksradikalismus scheint mit der Ostpolitik verzahnt.

Bei der „Abwehr“ im engeren Sinne des Wortes, also beim Aufspüren von

Agenten im Bundesgebiet, sind in der Ära Schrübbers äußere Faktoren ins Spiel gekommen, auf welche die Staatsschutzorgane keinen Einfluß hatten. Der wichtigste war der Bau der Berliner Mauer, er hat die Einschleusung östlicher Agenten auf eine neue Basis gestellt: Statt der Massen von kaum Geschulten werden heute wenige, aber dafür erstklassig Ausgebildete in die Bundesrepublik entsandt. Daß sie relativ selten „enttarnt“ werden, liegt nach Meinung des Verfassungsschutzes nicht zuletzt an einem nach wie vor hohen Desinteresse der Bevölkerung am Staatsschutz. Allzu selten fühlt sich ein Bürger verpflichtet, eine einschlägige Beobachtung, die er macht, dem nächstbesten Polizeirevier mitzuteilen. In Schweden konnte der Spion Wennerström durch einen Hinweis seiner Putzfrau entdeckt werden.

Negativ ist der Verfassungsschutz in der anderthalb Jahrzehnte langen Ära Schrübbers mit zwei Themen ins Gespräch gekommen: daß er Angehörige der Staatspolizei des Dritten Reiches beschäftigte und daß er im „Fall Pätisch“ angeblich unerlaubte Telefon-Überwachungen ermöglicht habe. Die Gestapo-Leute hat Präsident Schrübbers alle bereits bei Amtsantritt vorgefunden; sie aus dem Dienst wieder herauszubekommen war nur im Einklang mit dem Arbeitsrecht möglich. Neue sind in seiner Amtszeit nicht hinzugekommen. Befriedigend ist die Lage freilich nicht.

Was die Affäre Pätisch angeht, so hat ihre Skandalisierung mehr Echo als ihre ordnungsgemäße Erledigung durch den Bundesgerichtshof im November 1965 gefunden. Das Urteil hat den Bericht des Untersuchungsausschusses des Bundestags, der heute noch als „geheim“ eingestuft ist, im wesentlichen bestätigt. Es kam zu dem Schluß, daß sich die Handhabung der Zusammenarbeit zwischen dem Verfassungsschutz und den Alliierten im zulässigen Rahmen gehalten habe. In keinem Fall seien Überwachungsmaßnahmen ohne Mitberührung des alliierten Sicherheitsinteresses oder ohne eigene Prüfung und Entscheidung der Alliierten vom Bundesamt für Verfassungsschutz ausgelöst worden. Heute findet diese Art von Überwachung auf deutscher Seite nicht einmal in den engen gesetzlichen Grenzen in irgendwie nennenswertem Umfang statt.

In der Ära Schrübbers war das Bundesamt für Verfassungsschutz mehr eine Behörde als ein Geheimdienst. Es hat sich strikt an den gesetzlichen Auftrag gehalten, Bestrebungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung abzuwehren. Daß es infolgedessen bisher keine Ausländer überwachte, die auf deutschem Boden gegen die Verfassungen in ihren Heimatländern tätig wurden, lag an dieser Einschränkung. Eine gesetzliche Änderung, die diesem in vieler Hinsicht unbefriedigenden Zustand abhelfen wird, ist jedoch im Gange.

Ohne Opportunismus

Für die nächste Ära des Verfassungsschutzes, die exakt am 1. Mai beginnen wird, sind vor allem zwei Gesichtspunkte zu beachten: weitere unbedingte Abstinenz sowohl von Parteipolitik als auch von Opportunismus. Die Zusammenarbeit des Kölner Amtes mit den Landesämtern bedarf der Überparteilichkeit ebenso wie die kontinuierliche Arbeit des Bundesverfassungsschutzes im Hinblick auf einen jederzeit möglichen „Machtwechsel“ nach Bundestagswahlen. Der Verfassungsschutz muß unter jeder Regierung in Bund und Ländern den Cantus firmus der inneren Sicherheit halten. Dabei darf er sich um die Opportunität seiner Erkenntnisse nicht kümmern. Er muß in dieser Hinsicht geradezu „antikyklisch“ arbeiten: Jeder künftige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz hat seinem Minister vorab diejenigen Erkenntnisse auf den Schreibtisch zu bringen, die der Regierung jeweils besonders unerwünscht sind. Wenn der Nachfolger von Hubert Schrübbers — heiße er, wie er wolle — nicht solche Bereitschaft und charakterliche Kraft in sein Amt mitbrachte, wäre er fehl am Platze. Aus innerer Sicherheit würde bei opportunistischem Arbeitsstil rasch innere Unsicherheit

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

14. Mai 1972

Nach Schrübbers' Verzicht nun Angriffe auf Nollau *S. Mark*

Verdächtigungen gegen den Präsidenten des Amtes für Verfassungsschutz unhaltbar / Vorzeitig in den Ruhestand

FRANKFURTER SONNTAGLICHE ZEITUNG

scho. BONN, 7. März. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hubert Schrübbers, tritt am 30. April vorzeitig in den Ruhestand. Einer entsprechenden Bitte Schrübbers hat Bundesinnenminister Genscher zugestimmt, wie sein Ministerium am Dienstag in Bonn bekanntgab. Schrübbers, dem in letzter Zeit seine Tätigkeit als Staatsanwalt in politischen Verfahren während des Dritten Reiches vorgeworfen worden war, hätte ohnehin im November dieses Jahres die Altersgrenze erreicht.

Das Bundesinnenministerium, das in den vergangenen Wochen die gegen Schrübbers erhobenen Vorwürfe untersucht hat, ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß kein Anlaß dafür besteht, gegen Schrübbers wegen seiner damaligen Tätigkeit dienstrechtliche Maßnahmen zu ergreifen. Der Vorwurf, Schrübbers sei ein Parteigänger des Dritten Reiches gewesen, habe in den Personalakten keine Stütze gefunden. Vorgelegte Stellungnahmen hätten das Gegenteil besagt. Minister Genscher hatte Präsident Schrübbers das Ergebnis der Überprüfung eröffnet. Die Tätigkeit von Schrübbers als Staatsanwalt sei bei seiner Berufung zum Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz bekannt gewesen. Von in-

formierter Seite war zu hören, daß entsprechende Unterlagen damals schon im Bundeskanzleramt vorgelegen hätten. Nach einer Erklärung des Bundesinnenministeriums hat Präsident Schrübbers Meldungen zurückgewiesen, nach denen er sich angeblich wegen „mangelnder Rückendeckung“ zu seinem Begehren, in den Ruhestand versetzt zu werden, entschlossen habe. Andererseits wurde bekannt, daß es zwischen Genscher und dem Verfassungsschutzpräsidenten in Zusammenhang mit seiner Pensionierung harte verbale Auseinandersetzungen gegeben haben soll.

Als bisher aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge von Schrübbers gilt der derzeitige Leiter der Abteilung VI im Bundesinnenministerium, Ministerialdirektor Nollau, der bereits von 1968 bis 1970 Vizepräsident des Kölner Amtes war und als ein hochqualifizierter Abwehrmann gilt. Kaum war Nollaus Name als Schrübbers-Nachfolger gefallen, wurden von bestimmter Seite Nachrichten aus kommunistischer Quelle verbreitet, auch Nollau habe „braune Flecken“ aus seiner Vergangenheit. Veröffentlicht wurde beispielsweise eine Parteimitgliedsnummer bei der NSDAP, der er 1942 beigetreten sein soll. Nollau war damals Rechtsan-

walt im polnischen Krakau. Die Voraussetzung für die Zulassung als Rechtsanwalt war damals die Mitgliedschaft in der NSDAP. Nollau hat sich den Unmut der Kommunisten dadurch zugezogen, daß er sich sowohl als ehemaliger Vizepräsident des Verfassungsschutzamtes als auch als Abteilungsleiter für die innere Sicherheit im Bundesinnenministerium „auf dem linken Auge“ als nicht blind erwiesen hat.

Innerhalb der SPD/FDP-Koalition besteht darüber Einigkeit, daß auch dann, wenn man sich nicht für Nollau als Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz entscheiden sollte, dieses Amt einem SPD-Mitglied anvertraut wird. Dies auch deshalb, weil, wie von unterrichteter Seite versichert wurde, Nollaus Nachfolger im Bundesinnenministerium der zur FDP gehörende derzeitige Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Smoyzin, werden soll. Die gegen Nollau entfachte Kampagne hat, wie in Bonn zu erfahren ist, bereits zu Alternativüberlegungen geführt. Für den Fall, daß eine Berufung Nollaus scheitern sollte, wird der Präsident des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, Senatsdirektor Dr. Hans-Josef Horchem, als Nachfolger von Schrübbers genannt.

14 March 1972

K. W. W. W.
3 Feb 1972

Fotokopien aus Ost-Berlin

Für den Auftakt der Anti-Schrübbers- oder Anti-Verfassungsschutz-Kampagne sorgte das Hamburger Magazin „Der Spiegel“. Seine Redakteure Axel Jeschke und Peter Stähle dienten dem Innenminister sogar freimütig die zusammengetragenen Dokumente an: Kopien von Urteilen des Oberlandesgerichts im westfälischen Hamm aus den Jahren von 1933 bis 1941 — vorwiegend gegen Kommunisten wegen Vorbereitung „Hochverräterischer Unternehmen“ —, aus deren Zusatz ersichtlich ist, daß der Ankläger Hubert Kesseböhmer hieß.

Bei alledem, so verlautet aus dem Innenministerium, hätten die „Spiegel“-Leute kein Geheimnis daraus gemacht, aus Ostberliner Quellen geschöpft zu haben. So blieb Genschers Verfassungsschutzern denn die Fleißaufgabe erspart, nach der Herkunft des gegen ihren Präsidenten aufgetischten Materials zu fahnden, etwa dem von ansonsten zuverlässiger Seite gegebenen Wink nachzugehen, daß das Anwaltsbüro Pfannenschwarz den Magazin-Redakteuren bei der Beschaffung der Papiere behilflich gewesen sei. Pfannenschwarz war früher Sozius des „DDR“-Stanzwalts Kaul, zuvor Dozent an der Ostberliner Humboldt-Universität. Er verteidigt heute Kommunisten und andere extrem Linke in der Bundesrepublik, unterhält zu diesem Zweck ein Anwaltsbüro in Frankfurt, wo Peter Stähle für den „Spiegel“ aktiv ist.

Wie 1966 anlässlich der Attacken von seiten des „DDR“-Chefpropagandisten Norden gegen ihn, so bestreitet Schrübbers auch heute nicht, in den Jahren 1940/41 Ankläger beim Hammer Landgericht gewesen zu sein. Er wehrt sich aber entschieden dagegen, daß man ihn zu den Nazis zählt. Er sei niemals NSDAP-Mitglied gewesen, und aus der

SA habe man ihn wegen „Desinteresse“ ausgeschlossen. Als Staatsanwalt in Hamm habe er sich nichts zuschulden kommen lassen.

Schrübbers kann in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß seine Tätigkeit während der NS-Zeit schon von den Alliierten gründlich durchleuchtet worden ist, die ihn 1946 vorzeitig aus britischer Kriegsgefangenschaft entlassen und innerhalb der britischen Zone zum Justizdienst herangezogen hatten. Dies auf Empfehlung des als Nazigegner bekanntgewordenen Generalstaatsanwalts Dr. Wilhelm Kesseböhmer.

Kesseböhmer, der indes seinen Ruhestand in Münster verbringt, tritt jetzt wiederum für Schrübbers ein: „Wenn sich der heutige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Dritten Reich an einer Unrechthandlung beteiligt hätte, dann hätten ihn die britischen Militärbehörden 1946 nicht wieder zum Justizdienst zugelassen“, versichert er und erinnert sich: „Er war von den Militärbehörden überprüft und als politisch unbelastet befunden worden. Die Engländer hatten genaue Kenntnis über die wesentlichen Verfahren und Urteile der deutschen Justiz.“ Wenn Schrübbers während der NS-Zeit an Verfahren gegen Kommunisten wegen illegaler Beteiligung mitgewirkt habe, dann im Einklang mit dem Recht, denn die KPD sei damals wie heute verboten gewesen. Kesseböhmer: „Schrübbers war immer ein sehr ordentlicher und anständiger Mann“. Eine gute Meinung von ihm soll selbst KPD-Chef Max Reimann gehabt haben, bei ihm, so Kesseböhmer, habe sich der KP-Chef für die korrekte Behandlung von Kommunisten durch die Justiz bedankt. (ASD)

— 6 —

Verfassungsschutz-Präsident in Feuer

Schon Paul Lücke befand Schrübbers für absolut integer

Der langjährige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hubert Schrübbers, wird neuerdings mit harten Urteilen konfrontiert, an denen er als Ankläger beim Oberlandesgericht Hamm in der NS-Zeit mitgewirkt haben soll. Der hohe Beamte ist sich keiner Schuld bewußt und erklärt, schon der ehemalige CDU-Innenminister Paul Lücke habe die Vorwürfe überprüft.

Von PETER KERN
Bonn

Nachdem der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hubert Schrübbers, mittels nachrichtendienstlicher Erkenntnis, daß „die DKP mit Hilfe der SED die Arbeit der verbotenen KPD fortsetzt“, die Diskussion um die Verfassungsmäßigkeit der neuen kommunistischen Partei in Gang gebracht hat, muß er jetzt um seinen Posten ringen. Der Grund: Ost-Berlin lancierte angebliches Belastungsmaterial aus der NS-Zeit gegen Bonns obersten Verfassungsschützer.

Schon 1966 — Anlässlich der Diskussion um die Notstandsgesetzgebung — hatte „DDR“-Chefpropagandist Albert Norden das Material gegen Schrübbers auf einer internationalen Pressekonferenz offeriert. Doch damals fand er in der Bundesrepublik niemanden, der es ihm abnehmen und zur Kampagne gegen den Chef der Abwehr verwenden mochte. Dennoch — die Ostberliner Angriffe wurden seinerzeit von Innenminister Paul Lücke überprüft. Aus der Personalakte Schrübbers im Innenministerium geht hervor, daß sie sich nicht als stichhaltig erwiesen haben.

Die Situation im Lande hat sich heute geändert. Der Innenminister heißt Hans-Dietrich Genscher, und er gehört einer Regierung an, die eine Ostpolitik betreibt, deren Erfolgchancen nicht zuletzt vom Wohlverhalten gegenüber den Kommunisten abhängen. Aber mehr noch: In der Bundesrepublik hat sich eine einflußreiche Radikal-Linke formiert, die aus ihrer Sympathie für Gegner der bestehenden Gesellschaftsordnung kein Hehl macht und deren Einfluß bis in die Regierungsparteien hineinreicht.

Hans-Dietrich Genscher, der rasch

eine zweite Prüfung der Anschuldigungen gegen Schrübbers ankündigte, steht gegenwärtig besonders unter dem Druck der partei eigenen Jungdemokraten, die ihn beispielsweise in einer öffentlichen Erklärung beschuldigten, keine Möglichkeit auszulassen, „in Wort und Tat zur Hysterie gegen links beizutragen“.

Der Minister, so die jugendlichen Avantgardisten der FDP, wirke „verhängnisvoll im Hinblick auf eine notwendige rechtsstaatliche Fortentwicklung in der Bundesrepublik“. Derweil verlangen andere, so der linke „Bundesverband junger Juristen“, bereits offen von Genscher ein sichtbares Opfer, nämlich den spektakulären Verzicht auf den heute allzu wachsamem Verfassungsschützer Schrübbers.

Gerade in dieser Frage scheint Genscher unter schwerstem Druck zu stehen. Jedenfalls war er schon vor der Ankündigung einer neuerlichen Prüfung der gegen den Präsidenten des Verfassungsschutzamtes erhobenen Vorwürfe bereit, Schrübbers in Pension zu schicken. Des Ministers Vorstoß zur Ablösung des attackierten Geheimdienstchefs blieb in Bonn nicht geheim: Schrübbers sollte von sich aus um vorzeitige Entlassung bitten. Genscher wollte dann solchem Ersuchen stattgeben und den Verfassungsschutzpräsidenten mit einer Ehrenerklärung ausstatten, in der er sich auf das Prüfungsergebnis des Amtsvorgängers Lücke von 1966 zu berufen gedachte. Der Plan des Ministers, sich auf derlei Art, nach allen Seiten kompromißvoll aus der Affäre zu ziehen, scheiterte jedoch an der Hartnäckigkeit des Präsidenten, der sich in keiner Weise schuldig fühlt, die neuen Angriffe nicht als gegen seine Person, sondern als gezielten Schlag gegen den Verfassungsschutz wertet und folglich die Abwehr besonders mobilisieren will.

KÖLNER EXPRESS 8.2.72

Kein Glück mit den Chefs

Von MANFRED SCHOLL

Das Bundesamt für Verfassungsschutz in der Kölner Barthelstraße, bei der Bevölkerung ohnehin im Ruch des Illegalen, ist wieder einmal in aller Munde. Auf Drängen von Bundesinnenminister Genscher nimmt am 30. April nach knapp 17jähriger Amtszeit Präsident Schrübbers seinen Hut.

Schrübbers, CDU-Mann, war ins Zwielflicht gerückt, nachdem seine Tätigkeit als Staatsanwalt während der NS-Zeit publizistisch ausgeschlachtet wurde. Er hatte sich schon zuvor bei der SPD-FDP-Koalition unbeliebt gemacht, als er im letzten geheimen Spionagebericht schrieb: "... die Bedrohung der Sicherheit der Bundesrepublik durch die Geheimdienste des Sowjetblocks nicht geringer geworden ist. Diese Feststellung gewinnt an Bedeutung zu einem Zeitpunkt, da auf politischer Ebene das Thema Ost-West-Entspannung, insbesondere die außenpolitischen Bemühungen der Bundesregierung um Verständigung und Aussöhnung mit den osteuropäischen Staaten einen hervorragenden Platz einnehmen."



Hubert Schrübbers

Schrübbers, zuvor Bundesanwalt und schließlich Generalstaatsanwalt in Düsseldorf, war am 1. August 1955 von dem damaligen Innenminister berufen worden. Adenauer hatte nach einem Gespräch mit ihm in die Personalakte geschrieben: "Ein kleines Licht, er macht uns nicht viel Ärger."

Schrübbers hatte keine leichte Aufgabe, schließlich war er von dem Interimspräsidenten Hanns Jeß abgesehen direkter Nachfolger

von Otto John. John war am 20. Juli 1954 in Ost-Berlin aufgetaucht — ob er entführt wurde oder freiwillig die Fronten wechselte, ist heute noch umstritten. Der Bundesgerichtshof verurteilte ihn später deswegen zu vier Jahren Zuchthaus.

Während der Amtszeit Schrübbers war das Bundesamt schon einmal ins Licht der Öffentlichkeit gerückt: 1964 verkündete der Amtsangehörige Pätisch, Abgeordneter des Bundestages würden abgehört. Schrübbers überstand die Krise.

Eine Untersuchung ergab, das Amt hatte sich legal verhalten. 1956 lieferte der Präsident das Hauptbeweismaterial für ein Verbot der KPD beim Bundesverfassungsgericht.

Auch die großen Spionagefälle wie die des SPD-Abgeordneten Alfred Franzel oder des Fotografen Heinz Sütterlin wurden in der Amtszeit Schrübbers aufgedeckt.

Ein Nachfolger für den Präsidentenstuhl im Kölner Bundesamt ist noch nicht benannt. Genscher zögert, nachdem sein Favorit, Ministerialdirektor Günther Nollau (SPD), im Gegensatz zu Schrübbers Mitglied der NSDAP gewesen sein soll. Nollau, in Köln kaum beliebt, werden enge Verbindungen zu dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Herbert Wehner nachgesagt.

Im Bundesinnenministerium liegt ein geheimes Dossier des Verfassungsschutzamtes über Nollaus Vergangenheit. Auch in der CDU/CSU wächst die Opposition gegen Nollau. Genscher muß also entscheiden, ob er einen Mann in Bonn loswerden, sich dafür aber vermutlich neuen Ärger in Köln bereiten will.

Pr

Die Welt, 29 Feb. 72

L
14 Mai 72

Genscher will sich von Schrübbers trennen

Bonn. 28. Februar (ASD)

Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher will dem seit Wochen andauernden Druck von links nachgeben und sich vom obersten Bonner Verfassungsschützer trennen. Wie der ASD am Montag berichtete, hat Genscher am Samstag mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hubert Schrübbers, ein Gespräch geführt und ihn dabei mit Alternativen konfrontiert.

Schrübbers soll sofort um eine vorzeitige Versetzung in den Ruhestand nachsuchen, der Genscher dann statgeben will. Andernfalls werde der Minister den Präsidenten des Verfassungsschutzamtes entlassen. Der Bundesinnenminister hat Schrübbers für seine Entscheidung eine Bedenkzeit bis zu diesem Dienstag eingeräumt.

Präsident Schrübbers, der seit 1955 für den Verfassungsschutz im freien Teil Deutschlands verantwortlich ist, war von seiten der politischen Linken unter starken Beschuß geraten, nachdem er auf Grund der Erkenntnisse seiner Behörde im Jahresbericht für die Bundesregierung festgestellt hatte, daß „die DKP mit Hilfe der SED die Arbeit der verbotenen KPD fortsetzt“.

Schrübbers Nachfolger im Amt soll der Sozialdemokrat Günther Nollau werden, der gegenwärtig Leiter der Abteilung „Öffentliche Sicherheit“ im Innenministerium ist. Genscher will der Opposition für den Fall, daß sie am Wechsel an der Spitze des Verfassungsschutzes Anstoß nimmt, einen Kompromiß anbieten. Danach sollen dem Präsidenten zwei Vizepräsidenten mit FDP- und CDU-Tendenz zugeordnet werden.

— 9 —

Schrübbers wehrt sich

Bonn. (dép) Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Hubert Schrübbers (64) hat die im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ gegen ihn erhobenen Vorwürfe wegen seiner Tätigkeit in der NS-Zeit zurückgewiesen.

Nach einem Gespräch mit Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher am Montag in Bonn wurde offiziell mitgeteilt, Schrübbers sei sich keiner Schuld bewußt.

Er sei zu keiner Zeit Mitglied der NSDAP gewesen und habe während seiner Tätigkeit als Staatsanwalt an Paderborn und später beim II. Strafsenat des Oberlandesgerichtes Hamm nichts mit dem „Heimtücke-Gesetz“ zu tun gehabt, aufgrund dessen Personen während der NS-Zeit we-



Hubert Schrübbers

gen ihrer politischen Gesinnung strafrechtlich belangt werden konnten.

Aus Regierungskreisen in Bonn verlautete am Montag, Schrübbers werde wegen der gegen ihn gerichteten Vorwürfe nicht vorzeitig aus dem Amt ausscheiden.

BR
25 Jan 72

Die Welt, 3 March 72

Seite 6

Kein Kommentar zu den Vorwürfen von Löwenthal

Nollau – ein Mann Wehners

St. Bonn, 2. März

Zu Berichten darüber, daß Ministerialdirektor Günther Nollau, der Leiter der Abteilung Öffentliche Sicherheit im Bundesinnenministerium, ein ehemaliges Mitglied der NSDAP gewesen ist, bemerkte am Donnerstag auf Anfrage der WELT der Sprecher des Innenministeriums, Herbert Schmülling: „Kein Kommentar.“

In der Magazin-Sendung des Zweiten Deutschen Fernsehens hatte Gerhard Löwenthal behauptet, Nollau sei 1942 in diese Partei eingetreten. Dabei war auch die angebliche Mitgliedsnummer genannt worden. Nollau gilt heute als Mann der SPD und ist in jüngster Zeit mehrfach als neuer Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz erwähnt worden. Er soll in dem Bundesamt in Köln dessen Präsident Hubert Schrübbers ablösen, dem vorgeworfen wird, als Staatsanwalt während der NS-Zeit an zweifelhaften Urteilen beteiligt gewesen zu sein.

*

tol. — Der promovierte Jurist Günther Nollau gilt als intimer Kenner des Kommunismus und veröffentlichte mehrere Bücher („Zerfall des Weltkommunismus“, 1963). Von 1963 an war er im Bundesamt für Verfassungsschutz als Regierungsdirektor, später als Leiter der Abteilung III („Linksradikalismus“) tätig. Ab 1967 unterstanden ihm alle operativen Abteilungen.

Bei seinen Mitarbeitern ist Nollau nicht gerade beliebt, was vor allem an



Günther Nollau

Foto: Peter Fischer

seinen Umgangsformen Untergebenen gegenüber liegt. Ein leitender Beamter einer Abwehrbehörde über ihn: „Er ist weitab von dem, was die Bundeswehr die Innere Führung nennt.“ Hinzu kommt ein gewisses Mißtrauen: Nollau gilt als Mann Herbert Wehners, der nun wiederum seiner Vergangenheit wegen — Leiter eines sowjetischen Agentenringes in Schweden — bei Geheimdienstlern keinen Kredit genießt. Dem SPD-Mann Nollau wird nachgesagt, daß er sein dienstliches Wissen nicht für sich behalten, sondern an die Partei weiterreichen könnte. Ein offenes Geheimnis ist, daß Bundesinnenminister Genscher den Dr. Nollau gern loswerden möchte.

14 March 1972

DIE WELT, 7 March 1972

Sowjetischer Oberst belastet Schrübbers-Nachfolger Nollau

Bonn, 6. März (ASD)

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hubert Schrübbers, der sein Amt zum 30. April zur Verfügung stellen will, wurde von linken Kräften in letzter Zeit massiv attackiert, weil er in einem Tätigkeitsbericht für die Bundesregierung festgestellt hatte, daß die DKP mit Hilfe der Ostberliner SED die Arbeit der verbotenen KPD fortsetze.

Durch diesen in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Tatbestand war neuerlich die Diskussion über das Verbot der kommunistischen Tätigkeit in der Bundesrepublik entfacht worden. Die „DDR“ hatte in der Bundesrepublik Gerichtsurteile aus der NS-Zeit veröffentlicht, aus denen hervorging, daß der Ankläger seinerzeit Schrübbers hieß.

Der Nachfolger Schrübbers' auf dem Präsidentensessel des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Günther Nollau, ist inzwischen von dem sowjetischen Geheimdienstoberst Wladimir Apollono-

witsch Karpow indirekt belastet worden. Der sowjetische KGB-Mann hat dem westdeutschen Publizisten Hans Frederek bei einem auf Tonband aufgezeichneten Gespräch in Moskau über den früheren Präsidenten des Bundesverfassungsschutzamtes, Otto John, als Beweis für dessen angebliche positive Haltung zum Osten und für seinen angeblichen freiwilligen Übertritt nach Ost-Berlin im Jahre 1954 erwähnt, daß John seinen damaligen Mitarbeiter Nollau bei „DDR“-Kontakten abgeschirmt habe.

Der sowjetische Geheimdienstoberst wörtlich: „Zum zweitenmal gab es eine delikate Situation, als Dr. Nollau von seinen sächsischen Landsleuten aus Dresden ... gesprochen wurde. John hat damals Nollau abgeschirmt. Das war für uns auch so ein Prüfstein, wie er Nollau abschirmte.“ Die Aussagen des sowjetischen Geheimdienstobersten sind in einem von Frederek herausgegebenen Buch („Das Ende einer Legende“, Verlag Politisches Archiv, München) veröffentlicht.

Die Welt
13 March 72

Die
für
le-
der

on-
gen

Suchanfragen. Die beiden Sende-
anstalten haben Sonderredaktionen
eingerrichtet, die nur für diese Fragen
zuständig sind. Die Redaktionen sind
seit Tagen überfordert. In den Berliner
Zeitungen ist die Osterbesuchsregelung
das Thema Nr. 1. In einer Auflage von

in
Abma-
sekreti-
Ende
trafen.
Person
strecke

Genscher will breite Basis für Schröbbers-Nachfolger

P)
o-
in
de
a-
n-
e-
d-
m

m
z-
er

1-
18
14
2-

Sei Karlsruhe, 12. März

Bundesinnenminister Genscher will
die Frage des Nachfolgers für den aus-
scheidenden Präsidenten des Bundes-
amtes für Verfassungsschutz, Hubert
Schröbbers, mit allen drei Bonner Par-
teifraktionen erörtern, weil dieses Amt
einer breiten Vertrauensbasis bedarf.
Dies teilte Genscher am Sonntag in
Karlsruhe mit. Im Augenblick gebe es
keinen Favoriten. Es seien nur mehrere
Personen auf ihre Eignung hin unter-
sucht worden, sagte der Innenminister.

Der Minister wies Vermutungen zu-
rück, daß aus Anlaß des Ausscheidens
von Schröbbers an eine Zusammenle-
gung des Bundesamtes für Verfas-
sungsschutz und des Bundesnachrich-
tendienstes gedacht sei.

„Saar wird“

Wege
Grundl-
Landes-
scheines
zwische
und de
von Ho
Kopfbil-
tung“

Zum
ebenfall-
rende
Koopera-
pe gehö-
Hintergr-
die O
Druckha-
Georg v

Die Welt 9. März 72

14. März 1972

Torpedo gegen Verfassungsschutz

Das zwanzigjährige Bestehen des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln hatte Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher im September 1970 Anlaß zu einer Rede gegeben, in der er rühmte, daß nach dem Regierungswechsel von 1969 kein Angehöriger dieses Amtes gegen seinen Willen in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden sei. Eine Behörde, sagte Genscher, die politische Vorgänge zu beurteilen habe, „kann und darf nicht Domäne einer politischen Partei sein“.

Heute gibt es Gründe, an dieses Ministerwort zu erinnern. Denn kein Geringerer als der Mann an der Spitze des Verfassungsschutzamtes, Hubert Schrübbers, wird vorzeitig in Pension gehen. Das geschieht offensichtlich unter politischem Druck, dem auch der Bundesinnenminister ausgesetzt zu sein scheint. Genscher schickt den Präsidenten nicht in Pension, er läßt ihn um seine Versetzung in den Ruhestand bitten. Das Innenministerium erklärt zur gleichen Zeit nach Überprüfung der gegen Schrübbers erhobenen Vorwürfe, wegen seiner Tätigkeit im Dritten Reich bestehe kein Anlaß, dienstrechtliche Maßnahmen zu ergreifen.

Das sieht nach einer „eleganten Lösung“ aus, die allenfalls unter dem Gesichtspunkt vertreten werden könnte, daß die inneren Geschäfte eines Nachrichtendienstes nicht auf den Jahrmarkt gehören. Aber es bleibt ein unbehagliches Gefühl zurück, weil doch schwer verständlich ist, daß ein Mann, der sich 17 Jahre lang in so hohem Amte bewährt hat und gegen den dienstrechtlich vorgehen erklärtermaßen kein Anlaß besteht, mehr oder weniger deutlich gezwungen wird, kurz vor Erreichung des Pensionsalters zurückzutreten.

Beweise sind schwer zu führen, aber es lassen sich mögliche Zusammenhänge aufzeigen. Unter politischen Druck geriet Schrübbers, nachdem er — wie es seines Amtes war — in einem vertraulichen, gleichwohl öffentlich diskutierten Bericht „Linksradikale Bestrebungen im Jahre 1970“ die Beurteilung

Von W. HERTZ-EICHENRODE

Der Fall Schrübbers Politisierung wie beim BND?

abgegeben hatte: Die DKP „setzt die Arbeit der verbotenen KPD, unterstützt von der SED, fort. Immer deutlicher läßt sie erkennen, daß ihre Ziele mit denen der KPD identisch sind“. Die anfängliche Zurückhaltung der DKP bei Zielformulierungen verringere sich, je weniger sie mit ihrem Verbot rechne.

Die politische Brisanz dieser Beurteilung wurde erkennbar, als einige Monate später der breiten Öffentlichkeit bekannt wurde, daß die Zulassung der DKP 1967 und 1968 in Geheimgesprächen der SPD mit der Kommunistischen Partei Italiens, die auch die SED einbezogen, vorbereitet worden war. Das unmittelbare Interesse Moskaus manifestierte sich, als Breschnjew sich auf der Krim von Bundeskanzler Brandt die Legalität der DKP bestätigen ließ.

Hier einen Zusammenhang mit Brandts Ostpolitik zu konstatieren, ist wohl keine Unterstellung. Dementsprechend war der Bundesregierung eine unvermeidliche Folge des Schrübbers-Berichts äußerst unangenehm: Es entwickelte sich eine öffentliche Auseinandersetzung darüber, ob die als verfassungsfreundlich erkannte DKP verboten werden müsse. Diese äußerste Konsequenz umging Bundesinnenminister Genscher, indem er Bund und Länder auf ein gemeinsames Vorgehen gegen Angehörige des öffentlichen Dienstes einswor, die verfassungsfreundliche Ziele verfolgen. Dabei geht es vor allem um Beamte, die der DKP angehören.

Am 28. Januar dieses Jahres beschloss der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten der Länder eine entsprechende Richtlinie. Es fällt auf, daß der „Spiegel“ wenige Tage zuvor,

am 24. Januar, den gezielten Schuß auf Schrübbers abfeuerte. Offenbar aus östlicher Quelle veröffentlichte das Magazin Material, das zwar dem Bundesinnenminister keinen Anlaß zu dienstrechtlichen Maßnahmen bietet, das aber dennoch seinen Zweck erfüllt hat: Schrübbers muß gehen.

In dieser Perspektive betrachtet, stellt sich die Ausbootung des Präsidenten als Torpedo gegen den Verfassungsschutz dar, der den gesetzlichen Auftrag hat, Bestrebungen zu beobachten, „die eine Aufhebung, Änderung oder Störung der verfassungsmäßigen Ordnung...“ zum Ziel haben. Dieser Gesetzauftrag bezieht sich auch auf die DKP, die ihr zuzuordnenden Gruppen und die „Neue Linie“, auf jene Phalanx also, die als „strategische Einheit linker Radikalismus“ bezeichnet worden ist. Durch eine Änderung des Grundgesetzes soll die Kompetenz des Verfassungsschutzes, auch radikale Ausländergruppen zu beobachten, klargestellt werden — ein Gesetzesvorhaben, das durch den Besuch Brandts in Iran Aktualität erhält. Der Auftrag des Verfassungsschutzes gilt aber ebenso der Abwehr von Spionage und Subversion, jenen untergründigen Formen des Kampfes gegen unser Land, mit denen der Osten die Bundesrepublik stärker als je überzieht.

Damit ist der größere Teil des Lagers derer umschrieben, die naturgegebene Feinde des Verfassungsschutzes sind. Es gibt zu denken, daß der Präsident des Bundesamtes politischem Druck weichen muß. Wer immer sein Nachfolger wird, er wird es mit den gleichen Feinden zu tun bekommen. Als Kandidat wird Günther Nollau genannt, zurzeit Leiter der Abteilung für öffentliche Sicherheit im Bundesinnenministerium. Nollau ist ein Mann der SPD, genauer: Herbert Wehners. Soll sich im Verfassungsschutz die Politisierung wiederholen, die dank der parteipolitisch akzentuierten Personalpolitik des Kanzleramtsministers Ehmke dem BND schwer geschadet hat?

ATT to T.M. 124330

14 March 1972

TTK

Innenminister weist Angriffe gegen Nollau zurück

St. Bonn, 9. März

Aus einer Pressemitteilung, die am Donnerstag vom Bundesinnenministerium in Bonn verbreitet wurde, ist indirekt zu entnehmen, daß die Bundesregierung weiterhin beabsichtigt, am 1. Mai Günther Nollau mit der Leitung des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu beauftragen.

Präsident Hubert Schrübbers, seit 1965 Chef dieses Bundesamtes, tritt am 30. April, ein halbes Jahr vor Erreichen der Altersgrenze, in den Ruhestand.

Nollau leitet gegenwärtig im Bundesinnenministerium die Abteilung öffentliche Sicherheit; er ist in jüngster Zeit beschuldigt worden, Mitglied der NSDAP gewesen zu sein. Er soll sich 1941 als Rechtsanwalt um die Aufnahme in diese Partei beworben und 1942 auch die Mitgliedschaft erhalten haben. Hierauf aber nimmt die Mitteilung des Bundesinnenministeriums keinen direkten Bezug. Vielmehr heißt es pauschal, daß zu Vorwürfen gegen Nollau, „die sich auf seine Tätigkeit vor Eintritt in den Bundesdienst beziehen“, folgendes festzustellen sei:

„Ministerialdirektor Dr. Nollau hat im Jahre 1950 bei seiner Bewerbung Angaben gemacht, die damals überprüft worden sind. Daraus hat sich nichts Nachteiliges ergeben. Später sind derartige Überprüfungen mit dem gleichen Ergebnis wiederholt worden. Frühere Bundesregierungen haben Dr. Nollau befördert, zuletzt im Jahre 1966 zum Vizepräsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Nach Bildung der derzeitigen Bundesregierung erneut erhobene Angriffe haben sich als unbegründet herausgestellt. Dr. Nollau ist daraufhin vom Bundesminister des Innern mit der Leitung der Abteilung öffentliche Sicherheit im Bundesministerium des Innern betraut und zum Ministerialdirektor befördert worden.“

Die Mitteilung schließt mit dem Satz: „Bisher besteht kein Anlaß anzunehmen, daß die jetzt aufgestellten, keineswegs neuen Anschuldigungen zutreffend sind.“

Zur Person Nollau meldet der ASD ergänzend: Die Jahresberichte über Erkenntnisse der deutschen Abwehr hin-

Die Welt
10 March 72

sichtlich drohender Gefahren aus dem Osten, die der inzwischen abgelöste Verfassungsschutzpräsident Hubert Schrübbers vorgelegt hat, waren stets ein unmißverständliches Alarmzeichen für Bonn. Im Zusammenhang mit der Nachfolge im Amt des obersten deutschen Verfassungsschützers wird hinter den Kulissen der Bundeshauptstadt seit Tagen die Frage erörtert, inwieweit solche Berichte künftig noch ungeschminkt auf den Tisch kommen, wenn der für den Posten vorgesehene Sozialdemokrat Günther Nollau erst Chef der Abwehr ist.

„Erfreuliche Feindlage“

Anlaß für solche Erörterungen ist ein Vorgang aus dem Jahre 1967, als Nollau — damals Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz — in einem Bericht für die Illustrierte „Stern“ das Gegenteil von dem behauptete, was im Amt an Erkenntnissen zusammengetragen worden war.

Günther Nollau damals im „Stern“: „Die Feindlage war noch nie so erfreulich.“ Im amtlichen Verfassungsschutzbericht aber hieß es: „Der totale Angriff gegen die staatliche, politische und wirtschaftliche Ordnung der Bundesre-

publik Deutschland hält unvermindert an; noch immer lautet der Generalauftrag: Ausspähung und Zersetzung der Bundesrepublik, Vorbereitung und Durchführung von Gewaltmaßnahmen!“

Günther Nollau, der seinerzeit von Innenminister Lücke gerügt werden mußte, weil er als Bundesbeamter über die sein Amt angehende Fragen in illustrierten Stellung bezog, forderte damals in dem „Stern“-Bericht eine Kürzung des Verteidigungsetats der Bundesrepublik. Dies mit der Begründung, daß die allen bisherigen Planungen zugrundeliegende Annahme von der militärischen Bedrohung aus dem Osten nicht mehr gelte.

Dabei vertrat Nollau im „Stern“ auch die Auffassung, daß die kommunistischen Parteien Europas, eingeschlossen die KPD, den von ihnen stets propagierten gewaltsamen Umsturz nur noch theoretisch ins Auge gefaßt hätten. Demgegenüber hieß es im Verfassungsschutzbericht: „So bestehen zum Beispiel bei den sowjetzonalen Nachrichtendiensteneigenen Abteilungen unter der Leitung im subversiven Kampf erfahrener Altkommunisten, die sich ausschließlich mit Sabotage und Gewaltmaßnahmen befassen.“